

Pressepiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **03.05.2021 / KW 17**



In dem Art-Déco-Gebäude gegenüber der Secession soll wieder viel los sein: Geplant ist neben Gastronomie auch Kulturbetrieb

Martin Ho eröffnet Lokal im Novomatic-Forum

Gastronomie. Bereits im Mai geht es los. Der Name: „404 – Don't Ask Why“

VON CHRISTOPH SCHWARZ

Das geplante Lokal im einstigen Novomatic-Forum nahe des Naschmarkts wird von einer der Gastro-Größen der Stadt übernommen: Mittlerweile ist fix, dass Martin Ho mit seiner Dots Group für das Restaurant-Konzept verantwortlich zeichnet.

Der Name des Lokals, „404 – Don't Ask Why“, wirkt experimentell. Nichts anderes ist man von Ho gewöhnt, der unter anderem für das „1o1“ (sprich: One of One) in der City und für das Dots auf der Mariahilfer Straße bekannt ist. (Polit-Interessierten ist er freilich auch wegen seiner Kontakte in die Bundespolitik ein Begriff.)

Die Säulen des Konzepts im neuen Lokal: „Authenti-



Szene-Gastronom Martin Ho
weitert sein Imperium aus

sche Pizza, regionale Köstlichkeiten, Aperitivo und After-Work“, berichtet das *Falstaff*-Magazin. Das Lokal solle „mediterrane Kulinarik mit österreichischen Spezialitäten“ vereinen und „zum mondänen Spot für Einheimische und internationale Gäste“ werden, heißt es.

Angekündigt werden ein „Breakfast Club“ am Sonntag (A la Carte und Buffet), haus-

JEFF MANGIONE

gemachtes Eis und Pizza vom bekannten Pizzaiolo Carmine Cilento. Zum Einsatz kommen soll ein authentischer Ofen aus Süditalien.

Auch Kulturprogramm

Bereits seit einiger Zeit ist bekannt, dass sich an dem Standort einiges tun soll. Das Gebäude, in dem einst das Verkehrsbüro seine Zentrale hatte, wurde im Jahr 2007 von der Novomatic gekauft. Der neue Eigentümer der Projektentwickler LNR Development, übernahm es um rund 25 Millionen von der Novomatic.

Neben dem Ganztageslokal mit 200 Sitzplätzen – bis zu 140 davon im Außenbereich, soll es auch ein Kulturkonzept geben: Unter dem Namen „Kleines Haus der

Kunst“ (KHK) will man „der Kultur einen öffentlich zugänglichen Raum bieten“. Geplant sind ein Museums- und Galeriebetrieb.

Historisch interessant ist übrigens das Gebäude selbst: Es wurde im Art-Déco-Stil gegenüber der Secession in den Jahren 1922 bis 1923 von den Otto-Wagner-Schülern Hermann Aichinger und Heinrich Schmid errichtet.

Eröffnen soll das Lokal übrigens bereits im Mai. Es bringt weiteren Schwung in das Areal um den Naschmarkt, das derzeit ohnedies laufend in den Medien ist: Am anderen Ende des Naschmarkts ist eine umstrittene Markthalle geplant (*s. links*), vor Kurzem sperrte die legendäre „Gräfin vom Naschmarkt“ für immer zu.

Kein Rütteln am Glücksspielmonopol

Die geplante Glücksspielnovelle ist begrüßenswert. Aber wieder einmal wird das veraltete Monopolkonzept nicht angerührt. Beispiele wie Dänemark zeigen, dass die Ziele der Regulierung auch anders erfüllt werden können.

Arthur Stadler

Mehr als zehn Jahre sind seit der letzten großen Novelle des Glücksspielgesetzes (GSpG) vergangen. Seither wurden Lizenzen für Landesauspielungen mit Glücksspielautomaten erteilt und gerichtlich bekämpft; Spielbankenlizenzen mussten nach der Engelman-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH 9. 9. 2010, C-64/08) neu ausgeschrieben und vergeben werden. Doch diese Vergaben wurden zum Teil von den Höchstgerichten als mangelhaft und intransparent aufgehoben. Mehrheitsanteile an Casinos Austria (Casag) wurden an in- und ausländische Investoren verkauft. Spielerschutz- und Geldwäschebestimmungen wurden verschärft und neue Abgaben eingeführt.

Nun sind als Folge der Ibiza-Affäre größere Änderungen im Glücksspielgesetz geplant: Vor allem die Schaffung einer unabhängigen Glücksspielbehörde wäre ein Novum. Die vielfach kritisierte Dreifachrolle des Finanzministers als Aufsichtsbehörde, lizenzerteilende Stelle und Miteigentümer via Öbag am faktischen Monopolisten Casag soll damit entflechtet werden. Die heiße Kartoffel, das Monopolkonzept, wird freilich nicht angetastet.

Höchstgerichtliche Entscheidungen – national und vom EuGH – sollten Österreich daran erinnern, dass ein derartiges Monopol mit rigorosen Auflagen und strengen Zielen verbunden sein muss, die „kohärent und systematisch“ verfolgt werden. Eine weitere Messlatte ist das EU-Primärrecht, vor allem Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit.



Foto: APA / Robert Jäger

Als Folge der Ibiza-Affäre wird das Glücksspielgesetz zwar novelliert, aber nicht entscheidend geändert.

An Kohärenz mangelt es in Österreich. Die massive Werbung des Monopolisten verfolgt offensichtlich das Ziel einer Auf- und Erschließung neuer Spielerschichten, vermehrt auch Frauen. Es fehlt auch dem regulatorischen System an Stimmigkeit: Ist dessen Ziel der Spielerschutz, so müssen sich alle Beschränkungen des Wettbewerbs an der Suchtgefährdung des jeweiligen Produkts messen. Das ist derzeit kaum der Fall. Die unterschiedliche Regulierung der Sektoren wie Lotterien, Sportwetten, Automaten, Online-Casino etc. haben ihren Ursprung eher in historischen und fiskalischen Gründen und weniger in Erwägungen zum Spielerschutz oder zur Bekämpfung von Kriminalität.

Obwohl das Automatenglücksspiel als Bereich mit der höchsten Prävalenzrate bei Spielsuchtanfälligkeit gilt, liegt hier ein Oligopol mit bis zu 27 Lizenzen in den neun Bundesländern vor. Lotterien mit einer deutlich niedrigeren Prävalenzrate sind dagegen monopolisiert. Ebenso Online-Glücksspiele: Die Österreichische Lotterien GmbH (ÖLG) verfügt mit win2day.at über die einzige nationale Konzession zum Angebot sogenannter Elektronischer Lotterien.

In Europa zeigt sich eine Tendenz, Exklusivrechte bei stationären Lotterien – eine wesentliche Einnahmequelle des Staates – zu halten, ansonsten aber offene Lizenzmodelle ohne mengenmäßige Begrenzung, aber hohen Qualitäts-

kriterien einzuführen. Ein positives Beispiel ist Dänemark, wo der stark wachsende Online-Bereich mit Fokus auf die Eindämmung der Spielsucht reguliert wird. Die Einführung eines solchen offenen Lizenzsystems knüpft an hohe qualitative Standards und strenge Kontrolle an, mit dem übergeordneten Ziel der Kanalisierung der Spieler hin zum legalen System. Das wäre auch ein gutes Vorbild für Österreich.

Das Argument, dass sich die Republik 2011 mit der Vergabe der Online-Glücksspiellizenz an die ÖLG für die Laufzeit bis 2027 einzementiert hat, greift nicht. Die damaligen Ausschreibungsunterlagen bei der „Interessensuche Lotterienkonzession“ sehen in Punkt 1.3.1. ex-

plizit vor: „Jeder Konzessionswerber nimmt mit Antragstellung zur Kenntnis, dass jederzeit Änderungen an den rechtlichen Rahmenbedingungen (Gesetzen, Verordnungen, Judikatur) möglich sind. Der Konzessionsgeber kann somit keine Garantien hinsichtlich Investitionssicherheit, Umfang oder Exklusivität der Konzession geben.“

Nicht erst seit dem Ibiza-U-Ausschuss ist klar, dass das Glücksspielmonopol legislativ jederzeit abgeändert werden kann, wenn der politische Wille dazu da ist.

Verpflichtung aus Richtlinie

Doch der scheint in den entscheidenden Bereichen immer noch zu fehlen. In den vergangenen Jahren haben keine relevanten Änderungen der Rechtslage stattgefunden. Umgesetzt wurden nur Bestimmungen, die der EU-Geldwäsche-Richtlinie entstammen. Die geplante Schaffung einer unabhängigen Stelle für Lizenzvergaben im Rahmen der angepeilten GSpG-Novelle ist begrüßenswert. Aber auch dies entstammt aus Österreichs Verpflichtungen aus der Konzessionsvergabe-Richtlinie 2014/23/EU, die im Bereich Glücksspiellizenzen immer noch nicht umgesetzt wurde.

Hätte die Regierung mehr Mut, würde sie auch das veraltete Monopolkonzept angehen. Verpflichtungen aus dem EU-Sekundärrecht gibt es dazu keine, sehr wohl aber gute internationale Beispiele, wie etwa aus Dänemark.

ARTHUR STADLER ist Partner der Kanzlei Stadler Völkel Rechtsanwälte.

„Profil“, 02.05.2021



Kommt da noch was?

Von vielen großen Regierungsvorhaben hat man länger nichts gehört. Das Anti-Korruptionspaket, die Glücksspielreform und die Lieferung des Sputnik-Impfstoffes lassen auf sich warten. Eine Erinnerung.

Es gibt eine abgedroschene Fußballerweisheit, die den Politikstil von Bundeskanzler Sebastian Kurz gut beschreibt: Angriff ist die beste Verteidigung. Kurz hasst die Defensive, er rechtfertigt sich nicht gern für Fehlleistungen seiner Regierung, seiner Neuen ÖVP oder – am schlimmsten – seiner selbst. Kurz und seine Strategen verfolgen das Ziel, stets das Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Der Kanzler bestimmt, worüber diskutiert wird. Agendasetting nennen das Politikberater. Als im Herbst 2020 Kritik aufkeimte, dass die Bundesregierung die zweite Corona-Welle komplett verschlafen habe (hat sie), hielt sich Kurz nicht lange mit Erklärungen auf. Er überraschte mit seinem Vorschlag von flächendeckenden Massentests nicht nur die Öffentlichkeit – sondern auch den zuständigen Gesundheitsminister. Doch je länger die Pandemie andauerte, desto riskanter wurde Kurz' Offensivspiel: Seinen Ankündigungen einer gemeinsamen Impfstoffproduktion mit Israel oder einer Bestellung des russischen Sputnik-Impfstoffes noch im April folgten schlicht keine Taten.

Längst haben die Grünen von Kurz gelernt. In Pressekonferenzen verkündeten sie: Verhandlungen fertig, Reformen kommen; etwa beim Glücksspiel oder bei der Korruptionsbekämpfung. Tatsächlich gibt es bei beiden Projekten bis heute keine Einigung mit der ÖVP.

Es stimmt schon: In anderen Bereichen bringt die Koalition durchaus etwas weiter. Die Neuordnung des rampo-nierten Verfassungsschutzes steht in Grundzügen, das 1-2-3-Ticket ist auf halbem Weg, ebenso wie das Informationsfreiheitsgesetz, Homeoffice-Regelung und das Paket gegen Hass im Netz sind beschlossen, für einige andere Projekte blieb aufgrund von Corona schlicht keine Zeit.

Dennoch stellt sich die Frage: Was wurde aus den Vorhaben, die laut Regierungsangaben längst fertig sein sollten? Kommt da noch was – oder wird das nichts mehr?



Justizministerin Alma Zadić
am 17. Mai 2020

Korruppte haben's gut

Politiker zu bestechen, ist in Österreich erlaubt. Richtig gelesen: Es ist legal, Geld gegen Gesetze zu tauschen. Und zwar dann, wenn der Politiker noch nicht Bürgermeister, Kanzler oder Landeshauptfrau ist, sondern erst für eines dieser Ämter kandidiert. Diese Art von „Vorab-Korruption“ oder Kandidatenbestechung ist eine besonders eklatante Lücke im Strafgesetz. Davon profitieren Leute wie Heinz-Christian Strache. Der Ex-FPÖ-Chef war bekanntlich noch nicht Vizekanzler, als er auf Ibiza nichts ahnend in eine Videofalle tappte und dort über Staatsaufträge und allfällige Gegenleistungen plauschte.

Die grüne Justizministerin Alma Zadić will diese Lücke schließen. Oder besser gesagt: Sie wollte. Exakt ein Jahr nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos präsentierte sie im Mai 2020 ein großes Anti-Korruptions-Paket. Der Ibiza-Skandal könnte sich „leider“ jederzeit wiederholen und bliebe strafrechtlich ohne Konsequenzen, sagte Zadić damals: „Das kratzt an unserem Gerechtigkeitssinn und an unserem Glauben an die Demokratie.“ Ihr Plan: Die Bestechung von Kandidaten sollte unter Strafe gestellt werden. Und auch Mandatskauf sollte untersagt werden – und zwar für die Auftraggeber, die angehenden Mandatäre und für die Partei. Denn derzeit ist es möglich, eine Partei dafür zu bezahlen, dass eine bestimmte Person ein Nationalratsmandat bekommt.

Aber was wurde aus dem Anti-Korruptionspaket? Einen Entwurf versprach Zadić für den Sommer 2020. Einen Monat später legte der grüne Vizekanzler Werner Kogler nach und erklärte, die Vorhaben wären mit der ÖVP „im Wesentlichen akkordiert“, es gehe nur mehr um Details. Seither hat kein Grüner je wieder ein öffentliches Wort über das Paket verloren.

Ein Sprecher der Justizministerin erklärte auf profil-Anfrage: „Der Lückenschluss im Korruptionsstrafrecht – Stichwort Mandatskauf und Ausweitung der Korruptionsbestimmungen auf zukünftige Amtsträger – ist noch in Ausarbeitung.“ Nur der geringste Punkt des Korruptionspakets wurde bereits

„Es ist mir wichtig, die Lücken im Korruptionsstrafrecht zu schließen. Es wird nach dem Sommer zur Beschlussfassung gelangen.“

erledigt: Der jährliche Sicherheitsbericht des Justizministeriums enthält neuerdings auch ein Kapitel zu Korruption.



Umweltministerin Leonore Gewessler
am 7. September 2020

Plastik, Pfand und Piloten

Wer schon einmal in einem deutschen Supermarkt war, der weiß, dass Kunden dort auch Pfand für Plastikflaschen zahlen müssen. So gelingt es den Deutschen, mehr als 90 Prozent der Kunststoffflaschen zu recyceln. Zum Vergleich: Österreich hat eine Quote von 70 Prozent. Die grüne Klimaministerin Leonore Gewessler hätte das deutsche Pfandsystem für Einwegplastik nur zu gerne abgekupfert – doch daraus wird vorerst nichts. Die Supermarktketten, die viel Geld in die Rückgabeautomaten investieren hätten müssen, wehrten den Vorstoß erfolgreich ab. Zu teuer sei das, vor allem für kleine Händler. Nun kommt, wie vergangenen Mittwoch präsentiert, eine verpflichtende Mehrweg-Quote ab 2024. Ab diesem Zeitpunkt sollen Kunden in allen Märkten die Wahl haben, ob sie ihre Milch lieber in Karton verpackt oder in Mehrwegglasflaschen kaufen wollen – das soll für alle relevanten Produktkategorien gelten, insbesondere auch bei den Discountern, die derzeit kaum Mehrwegsysteme anbieten.

Die erste Schlacht ums Plastikpfand mag verloren sein, aber Gewessler hat das Projekt noch nicht ganz abgeschrieben. Das Team der Ministerin bastelt derzeit an Modellregionen, in denen das Pfand für Flaschen aus Kunststoff getestet wird. Naheliegenderes Kalkül: Wird der Pilot zum Erfolg, steigt der Druck auf die Handelskonzerne. Für ihr Modell wird die Klimaministerin allerdings eine Supermarktkette als Partner brauchen. Infrage käme der deutsche Discounter Lidl, dessen Österreich-Chef das Plastikpfand befürwortet, als derzeit einziger Vertreter aus der Riege der Händler.

Hoffen darf Gewessler auch auf Unterstützung aus Brüssel: Eine EU-Richtlinie sieht vor, dass Getränkeflaschen aus Kunststoff bis 2029 zu mindestens 90 Prozent getrennt gesammelt und recycelt werden müssen – ansonsten drohen Strafzahlungen.

„Ich bin dafür, dass wir überall dort, wo es geht, Plastikmüll vermeiden – dafür brauchen wir ein Pfandsystem.“



„Wir haben einen Weg vorgezeichnet, wie wir die Sicherungshaft vornehmen können.“

**Innenminister Karl Nehammer
am 10. Jänner 2020**

Sicherungshaft weggesperrt

Es war ein Aufreger beim Antritt der Koalition: Die sogenannte Sicherungshaft – eine von Ex-Innenminister Herbert Kickl geplante präventive Haft für Asylwerber – schaffte es ins türkis-grüne Regierungsübereinkommen. Im Lauf der Legislaturperiode solle ein „zusätzlicher, verfassungskonformer Hafttatbestand (Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit) eingeführt werden“, heißt es im Koalitionsvertrag. Dass die Sicherungshaft „verfassungskonform“ sein soll, war ein minimales Zugeständnis an die Grünen – Herbert Kickl hatte zuvor angeregt, die Verfassung dafür zu ändern. Juristen zeigten sich jedoch skeptisch, dass die geltende Rechtslage einen weiteren Hafttatbestand zulasse.

Mit Beginn der Pandemie änderten sich bekanntlich die Prioritäten, die Sicherungshaft verschwand aus der Debatte. Nach dem Wiener Terroranschlag vom 2. November 2020 keimte die Diskussion wieder auf. Die ÖVP forderte Verschärfungen und regte etwa eine Art Maßnahmenvollzug für extremistische Straftäter – also nicht nur Asylwerber – an. Die Grünen zeigten sich nicht grundsätzlich ablehnend: „Ich glaube schon, dass wir uns ansehen müssen, ob es Möglichkeiten und Notwendigkeiten gibt“, sagte etwa der damalige Gesundheitsminister Rudolf Anschöber wenige Tage nach dem Terrorattentat.

Eine Expertenkommission, welche die Umstände rund um den Anschlag untersuchte, lehnte eine neue Präventivhaft jedoch ab: „Ein neues Rechtsinstitut einer über die Strafhaft hinausgehenden Freiheitsentziehung wäre verfassungsrechtlich hoch problematisch“, hieß es im Abschlussbericht im Februar.

Gegen den Attentäter hätte man auch nach derzeitiger Rechtslage im Vorfeld des Anschlages vorgehen können. Dem Vernehmen soll sich deshalb auch im anstehenden „Anti-Terrorpaket“ keine Sicherungshaft wiederfinden. Wann diese letztlich kommen soll, ließen Innen- und Justizministerium auf profil-Anfrage unbeantwortet.



„Spielerschutz und Kampf gegen illegales Glücksspiel werden forciert. Unser Ziel ist eine weisungsfreie Glücksspielbehörde.“

**Finanzminister Gernot Blümel
am 4. Februar 2021**

Warten auf den Jackpot

„Einigung beim Glücksspiel“, titelte ORF Online, nachdem die Reform Ende Februar nach einer Ministerratssitzung präsentiert worden war. Es war – wie so oft – bloß eine Ankündigung. Richtiger hätte die Headline gelautet: „Regierung einigt sich, Glücksspielpaket zu verhandeln“. Denn tatsächlich ringen Finanzminister Gernot Blümel und die grüne Verhandlungsführerin Nina Tomaselli bis heute um Details. Fix ist nur, dass die Vergabe der Glücksspiellizenzen in eine weisungsfreie Behörde ausgelagert werden soll. Neben technischen Fragen darüber, wie das IP-Blocking von illegalen Glücksspiel-Websites umgesetzt werden soll, gibt es auch inhaltliche Differenzen: Uneinigkeit herrscht etwa beim Werbeverbot für Glücksspielbetreiber, dem Vernehmen nach würde die ÖVP Lottowerbung gerne weiterhin erlauben. Auch die Senkung der Maximalansätze an Glücksspielautomaten (derzeit zehn Euro pro Spiel) sieht das türkise Finanzressort kritischer als die Grünen. Ein Informierender: „Es muss sich für die Betreiber schon noch rechnen, sonst rutscht der Markt in die Illegalität ab.“ Der Konter aus dem grünen Lager: „Mit der ÖVP ist es mühsam.“ Strittig ist auch, ob die Spielerschutzabteilung aus dem türkisen Finanzministerium ins grüne Konsumentenschutzressort von Wolfgang Mückstein wandert. Trotz aller Gegensätze: Bis Juni soll ein Entwurf in Begutachtung geschickt werden, sagen beide Seiten zu profil.



„Wir sind auf den letzten Metern, eine Bestellung kann wahrscheinlich schon nächste Woche erfolgen.“

**Bundeschancellor Sebastian Kurz
am 1. April 2021**

Erde an Sputnik

„Impfchaos“ – so wurde das heimische Immunisierungsmanagement im März verrissen. Die Regierung hatte nicht alle Kon-

tingente der gemeinsamen EU-Beschaffung ausgeschöpft, die Impfziele drohten verfehlt zu werden. Kanzler Kurz reagierte Kurz-typisch: im Angriffsmodus. Er warf der EU „Basar-Methoden“ vor, der Spitzenbeamte Clemens Martin Auer musste gehen. Und Kurz trat die Flucht nach vorn an – genauer: nach Osten. Er machte öffentlich, dass Österreich bereits in Verhandlungen mit Russland stehe, um sich eine Million Dosen des Corona-Vakzins Sputnik V zu sichern. Kurz konkret am 31. März: „Wenn wir Sputnik bestellen, dann werden wir noch im April 300.000 Dosen, im Mai 500.000 Dosen und 200.000 Dosen Anfang Juni erhalten.“ Weil die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) den Impfstoff bislang nicht freigegeben hat, kokettierte selbst Katharina Reich, Generaldirektorin für Gesundheit, mit einem österreichischen Alleingang: „Die Alternative ist eine Notzulassung unter bestimmten Voraussetzungen. Es muss nicht die EMA sein, in einer Pandemiesituation muss man auch andere Mittel und Wege andenken“, sagte die Spitzenbeamte im Gesundheitsministerium der Tageszeitung „Die Presse“ Anfang April.

Wenige Woche später klingt das nun deutlich anders: „Der Einsatz von Impfstoffen wird in Österreich weiterhin nur dann möglich sein, wenn eine entsprechende Marktzulassung durch die EMA vorliegt. Ein Vertrag kann aus Sicht des Ministeriums nur unter der Bedingung zustande kommen, dass die Lieferung erst bei Vorliegen der EMA-Zulassung erfolgt“, teilt das Gesundheitsministerium auf profil-Anfrage mit. Das Kanzleramt ließ mehrere Anfragen zu den Sputnik-Ankündigungen unbeantwortet. Bei einer Pressekonferenz vergangenen Freitag bekräftigte Kanzler Kurz auf Journalistennachfrage dann noch einmal seine Pläne für den russischen Impfstoff: „Wir sind bei den Verhandlungen auf einem sehr, sehr guten Weg. Wir sind de facto fertig.“ Was jedoch feststeht: Die 300.000 angekündigten Dosen haben Österreich im April nicht erreicht. Bedingung für den Einsatz von Sputnik ist nun auch für Kurz eine Zulassung durch die EMA. Je später diese stattfindet, desto weniger gebe es Notwendigkeit für Sputnik, so Kurz.

Zuletzt berichteten mehrere Länder, darunter die Slowakei und Brasilien, über potenziell gefährliche Mängel des russischen Impfstoffes. Inzwischen ist aber ohnehin klar, dass Hersteller BioNTech/Pfizer eine Großlieferung vorziehen kann.

Manchmal kann es eben auch von Vorteil sein, nicht immer alles sofort zu erledigen. ■

„Kurier“, 01.05.2021

Überblick

Casinos spielen im Ausland Minus ein

Glücksspiel. Die Casinos Austria International, Auslands-
tochter der Casinos Austria,
hat 2020 mit einem Rück-
gang der Spielerlöse um 38,5
Prozent auf 111,25 Mio. Euro

und einem Verlust von 13,1
Mio. Euro abgeschlossen.

2019 hatte es noch einen
Gewinn in praktisch gleicher
Höhe gegeben, geht aus dem
Jahresfinanzbericht hervor.
Die Zahl der Mitarbeiter stieg
von 760 auf 857.

„Tiroler Tageszeitung“, 30.04.2021

„Bei uns wird sofort Skandal geschrien“

Andreas Hanger, Sprecher der ÖVP im U-Ausschuss, verteidigt seine Partei und Wolfgang Sobotka. Seine Gegner heißen Krainer und Krisper.

Von Wolfgang Sablatnig

Wien – „Außer Spesen nichts gewesen“: Der ÖVP-Abgeordnete Andreas Hanger hat für sich bereits Bilanz des Ibiza-Untersuchungsausschusses gezogen. Aufklärung könne er nicht erkennen, stattdessen „Skandalisierungen und Unterstellungen“ vor allem durch Kai Jan Krainer (SPÖ) und Stephanie Krisper (NEOS). Was ist vom Ausschuss noch zu erwarten? Hanger zur *TT*: „Kein Erkenntnisgewinn mehr.“ Nach dem Ausschuss wünscht sich der Mandatar eine Reform der Verfahrensordnung.

Hanger sitzt seit 2013 im Nationalrat. „Ich bin das Gegenteil eines politischen Quereinsteigers“, erzählt der 52-jährige Betriebswirt. Seit 30 Jahren ist er Parteiboss in seiner Heimatgemeinde Ybbsitz im niederösterreichischen Mostviertel.

Die großen Auftritte vor einer breiteren Öffentlichkeit hat er aber erst seit einigen Wochen. Hanger übernahm von Wolfgang Gerstl die Funktion des Fraktionsführers der Türkisen im U-Ausschuss. Er startete offensiv in die neue Rolle. Den Ausschuss musste er nicht erst kennen lernen: Er hatte immer wieder den Vorsitz geführt, wenn Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) verhindert war.

Im U-Ausschuss steht die ÖVP oft allein. SPÖ, NEOS und FPÖ schießen sich auf die Türkisen ein, ebenso der Koalitionspartner, die Grünen. Sie stellen einen Vorwurf in den Vordergrund, der auch im Titel des Ausschusses so formuliert ist: die „mutmaßliche Käuflichkeit der türkisblauen Bundesregierung“. Die FPÖ war Teil dieser Koalition, fühlt sich von der ÖVP



Eins zu vier gegen die ÖVP: Im Ibiza-Ausschuss stehen die Türkisen meist allein. Andreas Hanger versucht den Spieß umzudrehen. Foto: APA/Neubauer

aber über den Tisch gezogen. Sie alle werfen der ÖVP und Sobotka vor, die Arbeit des Ausschusses zu behindern.

Hanger dreht den Spieß um: „Ich bin überzeugter Parlamentarier und halte Kontrolle für sehr wichtig. Aber so, wie der Ausschuss konzipiert ist und abläuft, kann ich nichts Positives finden.“

Er nennt vor allem zwei Kritikpunkte: „Manche Abgeordnete gerieren sich als Ersatzrichter. Wir sind aber nicht die Justiz. Da brauchen wir eine klare Trennung.“ Und zweitens: „Es ist kein Untersuchungsausschuss. Es ist ein Unterstellungsausschuss. So wie der Kollege Krainer und die Kollegin Krisper agieren, schadet das der politischen Kultur in Österreich.“

Was sagt er dann zu Erinnerungslücken des türkisen Finanzministers Gernot Blümel im Ausschuss? Oder zu den Chats, die belegen, wie der Chef der Staatsholding ÖBAG, Thomas Schmid, selbst mit veranlasste, die „internationale Erfahrung“ aus den Ausschreibungskriterien für seinen Job zu streichen? „Das kann man diskutieren. Das ändert aber nichts daran, dass Thomas Schmid höchst qualifiziert ist. Er hat auch die Konsequenzen gezogen.“

Und Aufsichtsratsbesetzungen mit Spendern der ÖVP? „Die Regierung hat die Verantwortung für die staatsnahen Beteiligungen. Deshalb muss sie auch das Recht haben, Personalentscheidungen zu treffen. Das

ärgert mich: Hans Peter Haselsteiner, der Großspender der NEOS, gilt im ORF-Stiftungsrat als super Entscheidung. Wenn aber bei uns ein Spender nur in die Nähe einer Position kommt, wird sofort Skandal geschrien.“

Mit seinem niederösterreichischen Landsmann Sobotka am Ausschuss-Vorsitz hat Hanger kein Problem. Auch in dieser Frage steht die ÖVP allein. Hanger betont, dass die Justiz die Ermittlungen wegen Zahlungen der Novomatic an Sobotkas Alois-Mock-Institut eingestellt hat. Er sieht Sobotka „zu Unrecht angegriffen“. Die Vorwürfe nach einer anonymen Anzeige haben sich in Luft aufgelöst.

Und er verteidigt Sobotkas viel kritisierte Aussagen zur Wahrheitspflicht der Auskunftspersonen: „Natürlich gilt die Wahrheitspflicht. Der Präsident ist aber verkürzt zitiert worden. Er hat von Personen gesprochen, die ihr Recht auf Entschlagung in Anspruch nehmen wollen, weil gegen sie auch die Justiz ermittelt.“ Einerseits drohe eine Anzeige wegen Falschaussage, auf der anderen Seite führe jede Entschlagung zu Diskussionen. Was wäre Hangers Antwort? Er würde Personen, gegen die ein Verfahren bei der Justiz läuft, gar nicht in den Ausschuss laden.

Hangers Vorgänger Gerstl soll für die ÖVP nunmehr eine Reform der Regeln für U-Ausschüsse verhandeln. Hanger will sich noch nicht festlegen. Er kann sich aber vorstellen, den Vorsitz einem unabhängigen Richter zu übertragen. Ebenso denkbar sei eine Live-Übertragung der Sitzungen. Vor allem aber würde er die Persönlichkeitsrechte der Auskunftspersonen stärken, sagt er.

„Standard“, 30.04.2021

Von Sidlos Kür und Rothensteiners Haaren

Walter Rothensteiner, einst Aufsichtsratschef der Casinos Austria, trat im Prozess Peter Sidlo gegen Casinos als Zeuge auf. Der Aufsichtsrat habe Sidlo nicht abgenommen, dass er nicht wusste, was im Hintergrund lief, sagte er.

Renate Graber

Stecker ziehen, das ist meine Lösung für alle Probleme“, diesen persönlichen Einblick erlaubte die Richterin am Handelsgericht Wien am Donnerstag, die jenes Verfahren führt, in dem sich Peter Sidlo gegen seine Abberufung aus dem Casinos-Austria-Vorstand und seine Entlassung wehrt. Er hat rund 2,5 Millionen Euro eingeklagt. Freilich fügte die Juristin dazu, dass sie diese Methode nur „in technischer Hinsicht“ anzuwenden pflege – und ein technisches Problem gab es im Gerichtssaal 708, in dem Walter Rothensteiner als Zeugen aussagte. Die Kamera für Videoübertragungen hatte sich quasi ungefragt eingeschaltet, ein Haustechniker nahm sich des Problems dann an: Er zog den Stecker.

Auch in der Befragung des einstigen Aufsichtsratschefs der teilstaatlichen Casinos Austria ging es irgendwie ums Steckerziehen: Sidlo war am 1. Mai 2019 in den Vorstand gekommen, obwohl ihn der Headhunter für nicht besonders geeignet gehalten hatte. Am 2. Dezember 2019 zog der Aufsichtsrat den Stecker aus Sidlos Casinos-Karriere und warf ihn raus.

Abgang mit Folgen

Davor waren die Chatprotokolle rund um Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ), Johann Gudenus und Novomatic-Chef Harald Neumann bekannt geworden; ein politischer Deal zwischen Novomatic und FPÖ wird hinter der Bestellung des früheren FPÖ-Bezirksrats in Wien vermutet. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt; die Beschuldigten, darunter Strache, Sidlo, Rothensteiner, und Neumann, bestreiten die Vorwürfe. Vor dem Handelsgericht lautet das Thema, ob Sidlo ungerechtfertigterweise rausgeworfen wurde. Die Frage ist u. a., ob er den Aufsichtsrat belogen hat, wie argumentiert wird.

Gemäß Rothensteiners Schilderung ging es schon zu Beginn der Angelegenheit um Parteien und Politik. Sidlo, der wie Rothensteiner im Generalrat der Nationalbank (OeNB) Sitz und Stimme hat, habe diesen nach einer Sitzung in der OeNB gefragt, „ob es im Casinos-

Vorstand etwas für die FPÖ gibt“. Was bei ihm dazu geführt habe, „dass sich meine Haare aufgestellt haben“. Er brauche qualifizierte Leute und keine Parteiminierungen, habe Rothensteiner ihm sinngemäß geantwortet. (Sidlo sagte dagegen aus, er habe gefragt, ob es im Vorstand etwas „für einen FPÖler“ gebe; nicht „für die FPÖ“.)

„Dass Peter Sidlo vielleicht das Opfer ist, das ist eine andere Sache.“

Walter Rothensteiner, Ex-Casinos-Präsident



Die drei damaligen Casinos-Hauptaktionäre (Republik, Novomatic und Sazka) hätten damals im Präsidium des Aufsichtsrats eine Vorabsprache für die Vorstandsbestellung getroffen: Jeder von ihnen nominieren einen Kandidaten. Personalberater Egon Zehnder, den man später engagierte, sollte die Kandidaten nur „evaluieren“.

Als Neumann Sidlo brachte, habe er sich an sein Gespräch mit dem in

der OeNB erinnert, sagte Rothensteiner aus: „Ich wunderte mich, genau der“, habe er sich da gedacht.

Immer wieder wurde Rothensteiner gefragt, ob er etwas von den im Hintergrund laufenden Gesprächen über Sidlo wusste – schließlich unterhielten sich sowohl freiheitliche Politiker als auch OeNB-Vizepräsidentin Barbara Kolm (FPÖ-nahe)

Rothensteiner, habe es nicht gegeben für Sidlo, und „politische Absprachen waren mir nicht bekannt – sonst hätte ich sie im Aufsichtsrat zur Sprache gebracht“. Ob Druck auf ihn ausgeübt wurde, wollte die Richterin wissen und nahm dabei auf Rothensteiners Aktennotiz nach einem Telefonat mit Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) Bezug. Wobei sie zunächst meinte, Löger habe die Notiz verfasst. Darin hielt der Aufsichtsratschef fest, Löger habe „mit Johann Graf (Novomatic-Eigner; Anm.) konferiert, der hat irgendeinen Hintergrunddeal mit den Blauen. Daher ist Sidlo ein Muss. (...)“ Nein, das sei keine Druckausübung gewesen, es sei nur klar gewesen, dass die Novomatic keinen anderen Kandidaten als Sidlo vorschlagen werde.

Als die ersten Berichte über das Zustandekommen von Sidlos Bestellung (die der Sazka zugeordneten Aufsichtsratsmitglieder enthielten sich) bekannt wurden und die Neos eine parlamentarische Anfrage stellten, bat Rothensteiner Sidlo um Stellungnahme. Ob es da ein Thema gebe, das das Aufsichtsratspräsidium wissen müsse? Sidlo verneinte. Als dann die Chats bekannt waren, warf der Aufsichtsrat Sidlo vor, er habe ihm die Unwahrheit ge-

sagt. „Dass er nicht wusste, was (vor seiner Bestellung; Anm.) im Hintergrund lief, hat man ihm im Aufsichtsrat halt nicht abgenommen“, erklärte Rothensteiner. „Hätten das alle im Aufsichtsrat gewusst, hätte ihn der vermutlich auch gar nicht bestellt.“ Warum nicht? „Es ging darum, dass ein politischer Bereich jemanden um jeden Preis in den Vorstand bringen wollte. Das war nicht gutzuheißen, aber dem Aufsichtsrat nicht bewusst.“ Es sei bei der Abberufung nicht um mangelnde Qualifikation Sidlos gegangen, die „politischen Absprachen“, die er aus den Chats ableite, seien Stein des Anstoßes gewesen. „Dass Sidlo vielleicht das Opfer ist, das ist eine andere Sache“, meinte der Zeuge.

Der kleine Unterschied

Warum ihn die ÖVP-Zugehörigkeit von Bettina Glatz-Kremsner, die 2019 zur Casinos-Chefin gekürt wurde, eigentlich nicht gestört habe, wollte Sidlos Anwalt dann von Rothensteiner wissen. Sie sei seit 26 Jahren im Unternehmen und im Vorstand, das sei „etwas ganz anderes“. Glatz-Kremsner hat für Donnerstag abgesagt und wird in der nächsten Verhandlung befragt. Aber die findet erst im September statt.



Peter Sidlo bestreitet, von etwaigen politischen Absprachen bei seiner Vorstandskür gewusst zu haben, und will mehr als zwei Millionen Euro.

Fotos: APA/Fahinger, G. Nowy / Konec / Pictureblok

HEROische Übernahme

Mit dem Erwerb des Blockchain-Pioniers und esports-Wettanbieters HERO steigt die NOVOMATIC Interactive Division Greentube erstmals in das esports-Segment ein.

Das österreichische Unternehmen HERO wurde mit dem Ziel gegründet, die Online-Wettbranche durch die blockchain-gestützte esports-Plattform herosphere.gg zu revolutionieren. Diese ermöglicht es den Spielern, ihre Wettkämpfe selbst auszurichten und gegeneinander auf die Ergebnisse zu wetten. Die HERO esports-Plattform überspringt den Buchmacher als Mittelsmann, sodass esports-Spieler aus der ganzen Welt andere Enthusiasten direkt herausfordern können. Der proprietäre virtuelle Token HEROCoin dient als eigene Plattformwährung und gewährleistet, dass alle Transaktionen transparent und sicher ablaufen. Die Plattform wird inzwischen von mehr als 300.000 Spielern genutzt. Neben esports kann das HEROnetwork auch für jede Art von Pooling-, Wett-, Fantasy- oder Poker-System genutzt werden. Mit der Übernahme diversifiziert Greentube das umfassende Portfolio weiter und wagt erstmals den

HERO/Greentube: Philip Peinsold, Michael Bauer, Paul Polterauer (v. l. n. r.)



Einstieg in den Blockchain- und esports-Bereich. „Wir verfolgen bei Greentube stets das Ziel, führend bei der Übernahme neuer Trends und Technologien zu sein“, erklärt Michael Bauer, CFO/CGO von Greentube. „Unsere Produkte stellen veraltete Konzepte, bei denen das Haus immer gewinnt, infrage und ermöglichen es den Usern stattdessen, eine Community aufzubauen, von der sie weitaus mehr profitieren“, so der CEO von HERO, Paul Polterauer. Dem pflichtet CTO Philip Peinsold bei und meint: „Mit unserer Blockchain-Technologie haben wir den Wettmarkt neu aufgemischt und mit dem Peer-to-Peer-Ansatz das soziale Element in die Branche zurückgebracht. Greentube teilt unsere Vision, die Branche zu erneuern.“

Über Greentube

Als NOVOMATIC Interactive Division bietet Greentube ein breit gefächertes Portfolio an Videoslots, Livespielen, AWP Reloaded Slots, server-based Gaming, Social Casino Gaming, Video Bingo und mehr. Die Omni-Channel-Technologie von Greentube ist führend im Bereich Glücksspielinnovation und vereint Online-, Mobile- und land-based Gaming. www.greentube.com

INTERVIEW

Wir erwarten uns Fairness und eine sinnvolle Lösung für die Zukunft!

Herr Retschitzegger, Sie sind Präsident der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG). Aktuell ist die Branche in Aufruhr. Was ist der Grund dafür?

Claus Retschitzegger: Ende Februar wurde im Ministerrat eine Glücksspielreform angekündigt. Diese enthält, neben begrüßenswerten Änderungen wie zum Beispiel der Schaffung einer unabhängigen Glücksspielbehörde, auch die Ankündigung von Netzsperrungen gegen Online-Glücksspielanbieter. Details sind zwar noch nicht bekannt, aber es wären jedenfalls Unternehmen massiv betroffen, die in mehreren EU-Mitgliedsstaaten lizenziert sind und erhebliche Wertschöpfung nach Österreich bringen. Mich ärgert insbesondere, dass die geplanten Gesetzesänderungen ein Monopol, das sich mittlerweile im Mehrheitseigentum eines tschechischen Investors befindet, stärken würde, während Unternehmen wie etwa bwin, bet-at-home oder Interwetten, die in Österreich gegründet wurden, strukturell gefährdet werden.

Gelten Lizenzen aus EU-Mitgliedsstaaten auch in Österreich?

Genau darüber bestehen seit vielen Jahren Auffassungsunterschiede zwischen der Republik Österreich und der Industrie. Aus unserer Sicht – und das bestätigen uns laufend namhafte Experten – verletzt das österreichische Glücksspielmonopol das Unionsrecht. Im Herbst wird sich der Europäische Gerichtshof neuerlich mit dieser Rechtsfrage auseinandersetzen, wobei von einer Entscheidung im Sinne unserer Mitglieder auszugehen ist. Wir sind jedenfalls der Ansicht, dass unsere Mitglieder aufgrund einer Lizenz aus einem anderen EU-Staat auch in Österreich anbieten dürfen. Dieser Auffassungsunterschied stellt eine erhebliche Rechtsunsicherheit dar. Das macht es für diese Unternehmen schwierig, eine längerfristige Investitionsplanung für Sponsoring oder Arbeitsplätze vorzunehmen.

Sie sprechen von Investitionen und Arbeitsplätzen.

Um welche konkreten Zahlen geht es?

In Österreich tätige Online-Glücksspielanbieter mit Lizenzen aus Mitgliedsstaaten der EU zahlten zum Beispiel im Jahr 2019 in Österreich alleine für das Glücksspielangebot 123 Mio. Euro Steuern, sichern aktuell rund 1.000 Arbeitsplätze und unterstützen durch Sponsoring- und Marketingaktivitäten die Sport- und Medienlandschaft mit 100

Mio. Euro pro Jahr. Werden die Anbieter aus dem österreichischen Markt ausgeschlossen, sind diese Beträge massiv gefährdet. Bekannte Namen wie bwin, bet-at-home oder Interwetten würden aus der heimischen Sportlandschaft weitgehend verschwinden.



„Wenn durch das neue Glücksspielgesetz private Anbieter mittels Netzsperrungen aus dem österreichischen Markt ausgeschlossen werden, sind bis zu 100 Millionen Euro Sport- und Marketinginvestitionen in Gefahr.“

Claus Retschitzegger Präsident der OVWG

Was wäre aus Ihrer Sicht die Alternative zu einem Monopol?

Die Einführung eines zeitgemäßen Lizenzsystems. Der Trend in der EU geht klar in diese Richtung: Unternehmen, die sich strengen Regeln im Bereich Spielerschutz, Transparenz und Kontrolle unterwerfen, können sich um Lizenzen bewerben. Als Vorbild in der EU gilt Dänemark mit seinem zukunftsorientierten Lizenzmodell. Österreich ist eines der letzten Länder der EU, das noch an einem Monopol im Onlinebereich festhält. Mit der Einführung von Netzsperrungen als Sanktion anstelle der Einführung eines neuen Regulierungs- und Lizenzmodells würde eine zukunftsfähige Lösung weiterhin verhindert werden. Das schafft nur Verlierer: Den Finanzminister, der Steuereinnahmen verliert; den heimischen Sport, der massive Einbußen im Sponsoring erleiden würde; die Medienlandschaft, die viele Millionen an Marketingausgaben verliert; rund tausend Mitarbeiter, deren Jobs gefährdet wären. Und nicht zu vergessen die Konsumenten, die statt eines Monopols Angebotsvielfalt wünschen, wie wir aus einer Studie wissen.

Was ist also Ihr Wunsch an den Gesetzgeber?

Wir wünschen uns Fairness für die Branche und eine sinnvolle Gestaltung der Zukunft: Durch ein zeitgemäßes Lizenzsystem geknüpft an qualitative Kriterien entstehen Rechtssicherheit für verantwortungsvolle Anbieter, hoher Spielerschutz für die Kunden sowie umfassende Kontrolle und garantierte Steuereinnahmen für den Staat.



WOLFGANG HESOUN ist Chef von Siemens Österreich und seit Kurzem Vorsitzender des Aufsichtsrates der Casinos Austria, die er wieder in ruhigeres Fahrwasser führen soll.

/ GASTKOMMENTAR /

Nicht das Kind mit dem Bade ausschütten

Das neue Gesetz zum Glücksspiel könnte durch Werbeverbote ebenso ungewollte wie negative Konsequenzen nach sich ziehen.

DIE BUNDESREGIERUNG hat sich zu einer weitgehenden Neuordnung des österreichischen Glücksspielmarktes bekannt. Die medial transportierten Beweggründe sind insbesondere eine Verbesserung des Spielerschutzes, verstärkter Kampf gegen illegales Glücksspiel und der Wunsch nach mehr Klarheit in der Rolle des Finanzministeriums bei Glücksspielaufsicht und zukünftigen Konzessionsvergaben.

Gleich vorweg: All diese Ziele sind vollinhaltlich zu unterstützen. Das entspricht nicht nur der Grundhaltung von Casinos Austria – Österreichische Lotterien-Gruppe, sondern auch meinem Selbstverständnis als Aufsichtsratspräsident.

Vor allem sind die Ankündigungen von mehr rechtlichen Möglichkeiten zur wirkungsvollen Unterbindung illegalen Glücksspiels absolut zu begrüßen. Es ist ein langjähriger Missstand, dass Unternehmen ohne rechtliche Konsequenzen Online-Glücksspiel in Österreich anbieten können, ohne eine dafür notwendige Konzession zu besitzen. Dass für diese nicht erlaubte Geschäftstätigkeit auch Steuern abgeführt werden, macht das rechtsstaatliche Problem nicht kleiner, sondern nur den politischen Handlungsbedarf deutlich.

Nach Durchsicht des Ministerratsvortrages ist jedoch festzustellen, dass bei einigen Punkten droht, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Am deutlichsten wird das bei der angekündigten Einschränkung von Werbemaßnahmen für Glücksspielangebote, angelehnt an das Tabakgesetz. Die damit zusammenhängenden Probleme sind vielfältig: Zunächst ist es eine zentrale Aufgabe, das Glücksspiel weg von der Illegalität, hin zum legalen Angebot zu kanalisieren. Dies ist europarechtlich so festgelegt und eine Vorgabe der Regulierung. Dafür ist es jedoch nötig, dass dieses legale Angebot nicht nur ausreichend vorhanden und attraktiv sein muss, sondern auch entsprechend beworben wird. Auch das hat der Europäische Gerichtshof hervorgehoben.

Neben diesen rechtlichen Problemen hätten Werbeverbote auch massive wirtschaftliche Folgen für die Unternehmensgruppe: Internationale Ver-

gleiche zeigen, dass Umsatzrückgänge von 20 bis 30 Prozent zu befürchten wären. Dies hätte natürlich enorme Auswirkungen auf viele mit dem Geschäftsgang der Gruppe verbundene Einrichtungen. Der wichtigste Vertriebskanal der Lotterierprodukte sind die Trafikanten. Umsatzrückgänge würden sich massiv negativ auf diese wichtige Institution der Nahversorgung auswirken und hätten auch große sozialpolitische Implikationen – 52 Prozent der Trafikanten sind Menschen mit Behinderungen.

Zahlreiche Medienpartner hätten mit hohen Rückgängen ihrer Einnahmen zu kämpfen, wenn Werbung unserer Unternehmensgruppe nicht mehr wie bisher geschaltet werden dürfte.

Auch aus der Perspektive der Verbesserung des Spielerschutzes wäre diese Maßnahme überschießend, da von Lotteriespielen so gut wie keine Spielsuchtgefährdung ausgeht.

In einem weiteren Punkt spricht der Ministerratsvortrag von Anpassungen der Glücksspielsteuern auf europäisches Niveau. Zunächst ist festzuhalten, dass die Unternehmensgruppe mit knapp 600 Millionen Euro Steuern und Abgaben einer der größten Steuerzahler des Landes ist. Bei den aktuellen Steuersätzen sind wir bereits im europäischen Schnitt – in einzelnen Bereichen sogar im Spitzenfeld. Zusätzlich unterstützt die Gruppe zahlreiche Initiativen in den Bereichen Sport, Kultur und vor allem Soziales. Sollten mit „Anpassungen“ Erhöhungen gemeint sein, wäre nicht nur dieses Engagement gefährdet, sondern auch die Rolle als Arbeitgeber und als regionaler touristischer Leitbetrieb. Denn die wirtschaftliche Situation im Casinos-Bereich ist, nicht zuletzt Corona-bedingt, mehr als angespannt. Zusätzliche Belastungen würden zwingend die Frage nach der wirtschaftlichen Weiterführung unserer zwölf Casino-Standorte nach sich ziehen.

Gemäß der Ankündigung der Bundesregierung soll demnächst ein konkreter Gesetzesvorschlag präsentiert werden. Die postulierten Ziele einer nachhaltigen Reform des Glücksspielmarktes sind jedoch nur zu erreichen, wenn alle Facetten des komplexen Themas Glücksspiel beleuchtet werden und alle Folgewirkungen bedacht werden. Andernfalls hätte man mit zahlreichen ebenso ungewollten wie negativen Konsequenzen zu kämpfen. **T**

/// Das legale Spieleangebot muss entsprechend beworben werden. ///

„www.casino.org“, 27.04.2021

Novomatic-Tochter Greentube für „großartigen“ Arbeitsplatz zertifiziert

Die in Wien beheimatete Novomatic-Tochter Greentube hat die „Great Place to Work-Zertifizierung“ erhalten. Dem Entwickler von international bekannten Online-Slots wie Book of Ra und Sizzling Hot Deluxe ist damit offiziell seine „förderliche Arbeitsplatzkultur und hohe Zufriedenheit der Mitarbeitenden“ bestätigt worden. Dies hat am Montag die [österreichische Presseagentur](#) (APA) gemeldet.

Bei Great Place to Work handelt es sich um ein internationales Forschungs- und Beratungsinstitut, das nach eigener Angabe in rund 60 Ländern Unternehmen dabei unterstützt, ihre „Unternehmens- und Arbeitsplatzkultur“ zu entwickeln. Eine Zertifizierung durch das Institut müsse von den Konzernen selbst angefordert und bezahlt werden.

Die Zertifizierung erfolge auf Basis von Mitarbeiterumfragen und einem umfangreichen „Audit der Unternehmenskultur“. Wie bei Greentube würden dabei sämtliche die Belegschaft betreffende Prozesse, Maßnahmen und Richtlinien geprüft.

Mitarbeiter bestätigen Zufriedenheit

Die Mitarbeiter selbst hingegen würden dazu befragt, inwieweit sie sich mit ihrem Job identifizieren und ihrem Arbeitgeber vertrauen würden. Auch das Klima unter den Kollegen beziehungsweise innerhalb eines Teams sei ein wichtiges Bewertungskriterium.

Grundsätzlich deckten die Fragen die fünf Kategorien Glaubwürdigkeit, Fairness, Respekt, Teamgeist und Stolz ab. Greentube habe in allen Bereichen gutes Feedback von seiner Belegschaft erhalten.

Die österreichische *Greentube Internet Entertainment Solutions GmbH* wurde bereits 1998 gegründet und startete als eines der ersten Unternehmen mit der Entwicklung von Online-Glücksspielen. 2010 übernahm die Novomatic-Tochter *Astra Games Ltd.* 70 % der Unternehmensanteile von Greentube. Für Novomatic bedeutete dies den Einstieg in das Online-Glücksspiel. Nur ein Jahr später übernahm Astra Games auch die restlichen 30 % der Anteile, womit Greentube heute eine 100%ige Novomatic-Tochter ist.

Wohlfühljob in der „Greentube-Familie“

Greentube selbst erklärte, die Zufriedenheit und Gesundheit der Belegschaft stehe seit jeher im Vordergrund und sei der „Schlüssel zum nachhaltigen Unternehmenserfolg“.

Um die Zufriedenheit aller Mitarbeiter zu garantieren, seien Diversität, Weiterentwicklung, Teamgeist und Work-Life-Balance tief in der Unternehmensphilosophie verankert. Sandra Zeinlinger, die Leiterin der Greentube Group Employee Services, erklärt:

“ Das ganzheitliche Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Unterstützung, die wir ihnen bieten, haben für uns einen überaus hohen Stellenwert. Entsprechend sind wir sehr stolz darauf, die Great Place to Work®-Zertifizierung erhalten zu haben.

Bei [Greentube](#) könne jeder Mitarbeiter sein Potenzial voll entfalten, so Zeinlinger weiter. Jeder Einzelne sei zudem Teil der „Greentube-Familie“. Die Zertifizierung belege dies und zeige auf, was Greentube zu einem „großartigen Arbeitsplatz“ mache.

„Kurier“, 27.04.2021

U-Ausschuss neu mit Live-Übertragung

Reform. Sobotka kann sich Vorsitz durch Richter vorstellen und stellt die Wahrheitspflicht in Frage



Der Ibiza-U-Ausschuss geht ins Finale. Für den nächsten U-Ausschuss gibt es Änderungswünsche

AP/GEORG HOCHMUTH

K

Analyse

VON IDA METZGER

Kaum wird der Ibiza-U-Ausschuss abgeschlossen sein, steht der nächste parlamentarische Untersuchungsausschuss vor der Tür. Denn ein Corona-U-Ausschuss gilt bereits als fix. Schon jetzt startet in den Parlamentsklubs die Diskussion, wer als Fraktionsführer das Pandemie-Krisenmanagement der Regierung unter die Lupe genommen wird.

Manche Abgeordnete der Opposition wünschen sich für den Corona-U-Ausschuss auch einige massive Änderung in der Geschäftsordnung. Allen voran steht die Forderung nach einer Live-Übertragung in TV und Netz.

Über zwei Millionen Euro kostet der Ibiza-U-Ausschuss, eine Liveübertragung soll die Befragung effizienter machen. Für diese Änderung benötigt man aber eine Zweidrittel-Mehrheit – bisher blockierte stets die ÖVP.

Erst vor zwei Wochen signalisierte ÖVP-Klubchef Wöginger Gesprächsbereitschaft. Allerdings ist man in der SPÖ skeptisch, ob dahinter eine ernste Absicht steckt.

Despektierlich

Doch was würde eine Liveübertragung des Befragungsmarathons bringen? SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer und die linke Frontfrau Stephanie Krisper sind überzeugt, dass eine Liveübertragung alle Beteiligten disziplinieren würde. „Interessierte sollten sehen können, wie herablassend sich ein vergesslicher Minister Blümel oder auch der Vorsitzende Wolfgang Sobotka benehmen“, so Krisper. Dieses „despektierliche Verhalten“ würde sich mit Fernsehkameras schnell ändern, meint die Neos-Abgeordnete.

Allerdings könnte der Ablauf eines U-Ausschusses, so wie er derzeit über die Bühne geht, auch viele Zuseher abschrecken. Bis zu vier Stunden dauert eine Befragung. Endlose Geschäftsordnungs-

debatten stehen da häufig am Programm. Die oftmals unkoordinierte Fragestellung an die Auskunftspersonen, wo die Abgeordneten unterschiedliche Themenschwerpunkte setzen, wirkt konfus und machen den U-Ausschuss für einen TV-Sender nicht gerade massentauglich. Um der Befragung folgen zu können, benötigt der Interessierte Insider-Wissen. Änderungsbedarf orten die U-Ausschuss-Profis trotzdem nicht. „Ein U-Ausschuss muss in die Tiefe gehen. Aber wenn man zeitversetzt überträgt, dann könnte man den Zusehern Geschäftsordnungsdebatten ersparen“, schlägt Krainer vor.

Deutsches Modell?

Allerdings will Krainer nicht jedem Beamten eine Live-Befragung zumuten, nur die Spitzenpolitiker sollen sich diesem TV-Tribunal stellen.

Ein weiteres Manko in der Geschäftsordnung ist die Vorsitzführung, sagen die Oppositionsparteien. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka wird Befangenheit vorgeworfen, weil er als Präsident des Mock-Instituts Inserate vom Glücksspielkonzern Novomatic erhalten hat. Er wehrt sich gegen die Vorwürfe. Nun zeigt sich Sobotka offen für eine Änderung. „Die Position, dass den Vorsitz ein Richter übernehmen soll, könnte ich gut annehmen.“

Noch eine Idee brachte er: Für Sobotka ist die Wahrheitspflicht im U-Ausschuss nicht mehr nötig. „Ich kann mir das deutsche Modell vorstellen“, sagt er zu Puls24. „Bei uns hat jede Auskunftsperson eine ungeheure Sorge etwas Falsches zu sagen, weil sie unter Wahrheitspflicht steht. In Deutschland gibt es das nicht.“

Das stimmt so freilich nicht. Paragraf 24 des deutschen U-Ausschussgesetzes legt fest, dass der oder die Vorsitzende die Zeugen zur Wahrheit zu ermahnen und „über die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage zu belehren hat“.

Sobotka-„Ziehsohn“ soll für ÖVP den Ibiza-U-Ausschuss retten

K

Politik von innen

VON IDA METZGER

Es geht ins Finale. Im Herbst ist der Ibiza-U-Ausschuss vorbei. Für die ÖVP durchaus noch brenzlige Monate, denn alle vier Wochen gibt es nun eine Chatlieferung an den U-Ausschuss. Ein Grund, warum es in den letzten Befragungsrunden eine Personalrochade gab. Statt dem glücklosen Wolfgang Gerstl als ÖVP-Fraktionsführer soll nun der Niederösterreicher Andreas Hanger (52) das Bollwerk gegen die Angriffe von gleich vier Parteien – nämlich inklusive dem grünen Koalitionspartner – bilden. Vier gegen einen Türken heißt das Match im U-Ausschuss.

Hanger war bisher das, was man einen Hinterbänkler nennt. Seit 2013 sitzt er

schon im Parlament – große mediale Sternstunden konnte er bis jetzt noch keine verzeichnen. De facto über Nacht wurde er zum Frontmann. Warum das so plötzlich passierte, fragte er sich selbst auch manchmal. „Begonnen hat es damit, dass ich vor vier Wochen mein erstes Fernsehinterview hatte. Da sah man, dass ich ganz gut die Dinge auf den Punkt bringen kann“, schildert der Niederösterreicher.

Hanger gilt als eine Entdeckung von Nationalrats-



Andreas Hanger schaffte den Sprung in die Frontreihe

präsident Wolfgang Sobotka. Manche sehen Hanger sogar als Sobotkas politischen Ziehsohn.

Der passionierte Fußballer muss nun die Kohlen für die ÖVP in den letzten Befragungsrunden aus dem Feuer holen. Nochmals werden Staatsanwälte und die Leiterin der Korruptionsstaatsanwaltschaft aussagen müssen. Hier möchte Hanger punkten und die ÖVP aus der Defensive holen. „Offensiv, wie ich es im Fußball gelernt habe, möchte ich meine Rolle anlegen“, so Hanger. Gleich bei seiner ersten Auftritte forderte Hanger SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer und Neos-Aufdecker Stephanie Krisper zum Rücktritt auf. „Diese Rücktrittsforderung ist als Appell zu verstehen, zu einer vernünftigen politischen Kultur zurückzukehren“, so Hanger.

„www.wien.wirtschaftszeit.at“, 26.04.2021



Sandra Zeinlinger, Leiterin der Greentube Group Employee Services

GREENTUBE ALS GREAT PLACE TO WORK® ZERTIFIZIERT

Wien (A) Das starke Engagement der Greentube-Gruppe, eine förderliche Arbeitsplatzkultur und hohe Zufriedenheit der Mitarbeitenden zu schaffen, wurde nun mit der Great Place to Work®-Zertifizierung ausgezeichnet.

Die Zertifizierung wird basierend auf Mitarbeiterumfragen sowie einem umfangreichen Audit der Unternehmenskultur verliehen, welches Personalmaßnahmen, -prozesse und interne Richtlinien bewertet und sicherstellt, dass die Mitarbeitenden ihrem Arbeitgeber vertrauen, sich mit ihrem Job identifizieren und gerne mit ihren Teams sowie Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten.

Den Mitarbeitenden wurden Fragen in fünf verschiedenen Kategorien gestellt – Glaubwürdigkeit, Fairness, Respekt, Teamgeist und Stolz. Die von Great Place to Work® durchgeführte Umfrage sammelte darüber hinaus Feedback-Daten, die es Greentube ermöglichen, sich auch im HR-Bereich weiterzuentwickeln und das Unternehmen zu einem noch attraktiveren Arbeitgeber zu machen.

Die Zufriedenheit und Gesundheit der Mitarbeitenden hat für Greentube seit jeher Priorität und gilt als Schlüssel zum nachhaltigen Unternehmenserfolg. Greentube verankert in der Unternehmensphilosophie eine Reihe von Standards, die eine förderliche Unternehmenskultur gewährleisten, darunter Diversität, Entwicklung, Work-Life-Balance und Teamgeist. Das Great Place to Work®-Projekt von Greentube wurde intern von den Abteilungen Corporate Responsibility und Human Resources betreut.

Sandra Zeinlinger, Leiterin der Greentube Group Employee Services, sagt: „Das ganzheitliche Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Unterstützung, die wir ihnen bieten, haben für uns einen überaus hohen Stellenwert. Entsprechend sind wir sehr stolz darauf, die Great Place to Work®-Zertifizierung erhalten zu haben. Sie zeichnet Greentube als spannenden Arbeitgeber aus und zeigt, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Umfeld bieten, ihr Potenzial voll zu entfalten. Darüber hinaus ist es jeder und jede Einzelne in der Greentube-Familie, der/die täglich mit Teamgeist, Offenheit und Engagement zu unserer Unternehmenskultur beiträgt und das ist es, was Greentube zu einem großartigen Arbeitsplatz macht.“

Über Greentube

Treten Sie ein in das "Home of Games" von Greentube und bieten Sie Spielenden auf der ganzen Welt sichere Casino-Unterhaltung. Als NOVOMATIC Interactive Division bietet Greentube ein breit gefächertes Portfolio an Video Slots, Live-Spielen, AWP Reloaded Slots, Server-Based Gaming, Social Casino Gaming, Video Bingo und mehr. Die Omni-Channel-Technologie von Greentube ist führend im Bereich Glücksspielinnovation und vereint Online-, Mobile- und land-based Gaming.

„www.boerse-express.com“, 26.04.2021

Greentube erhält Great Place to Work®-Zertifizierung

Wien (OTS) - Das starke Engagement der Greentube-Gruppe, eine förderliche Arbeitsplatzkultur und hohe Zufriedenheit der Mitarbeitenden zu schaffen, wurde nun mit der Great Place to Work®-Zertifizierung ausgezeichnet.

Die Zertifizierung wird basierend auf Mitarbeiterumfragen sowie einem umfangreichen Audit der Unternehmenskultur verliehen, welches Personalmaßnahmen, -prozesse und interne Richtlinien bewertet und sicherstellt, dass die Mitarbeitenden ihrem Arbeitgeber vertrauen, sich mit ihrem Job identifizieren und gerne mit ihren Teams sowie Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten.

Den Mitarbeitenden wurden Fragen in fünf verschiedenen Kategorien gestellt – Glaubwürdigkeit, Fairness, Respekt, Teamgeist und Stolz. Die von Great Place to Work® durchgeführte Umfrage sammelte darüber hinaus Feedback-Daten, die es Greentube ermöglichen, sich auch im HR-Bereich weiterzuentwickeln und das Unternehmen zu einem noch attraktiveren Arbeitgeber zu machen.

Die Zufriedenheit und Gesundheit der Mitarbeitenden hat für Greentube seit jeher Priorität und gilt als Schlüssel zum nachhaltigen Unternehmenserfolg. Greentube verankert in der Unternehmensphilosophie eine Reihe von Standards, die eine förderliche Unternehmenskultur gewährleisten, darunter Diversität, Entwicklung, Work-Life-Balance und Teamgeist. Das Great Place to Work®-Projekt von Greentube wurde intern von den Abteilungen Corporate Responsibility und Human Resources betreut.

Sandra Zeinlinger, Leiterin der Greentube Group Employee Services, sagt: „Das ganzheitliche Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Unterstützung, die wir ihnen bieten, haben für uns einen überaus hohen Stellenwert. Entsprechend sind wir sehr stolz darauf, die Great Place to Work®-Zertifizierung erhalten zu haben. Sie zeichnet Greentube als spannenden Arbeitgeber aus und zeigt, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Umfeld bieten, ihr Potenzial voll zu entfalten. Darüber hinaus ist es jeder und jede Einzelne in der Greentube-Familie, der/die täglich mit Teamgeist, Offenheit und Engagement zu unserer Unternehmenskultur beiträgt und das ist es, was Greentube zu einem großartigen Arbeitsplatz macht.“

Über Greentube

Treten Sie ein in das "Home of Games" von Greentube und bieten Sie Spielenden auf der ganzen Welt sichere Casino-Unterhaltung. Als NOVOMATIC Interactive Division bietet Greentube ein breit gefächertes Portfolio an Video Slots, Live-Spielen, AWP Reloaded Slots, Server-Based Gaming, Social Casino Gaming, Video Bingo und mehr. Die Omni-Channel-Technologie von Greentube ist führend im Bereich Glücksspielinnovation und vereint Online-, Mobile- und land-based Gaming.

„www.boerse-social.com“, 26.04.2021

Wien (OTS) - Das starke Engagement der Greentube-Gruppe, eine förderliche Arbeitsplatzkultur und hohe Zufriedenheit der Mitarbeitenden zu schaffen, wurde nun mit der Great Place to Work®-Zertifizierung ausgezeichnet.

Die Zertifizierung wird basierend auf Mitarbeiterumfragen sowie einem umfangreichen Audit der Unternehmenskultur verliehen, welches Personalmaßnahmen, -prozesse und interne Richtlinien bewertet und sicherstellt, dass die Mitarbeitenden ihrem Arbeitgeber vertrauen, sich mit ihrem Job identifizieren und gerne mit ihren Teams sowie Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten. Den Mitarbeitenden wurden Fragen in fünf verschiedenen Kategorien gestellt – Glaubwürdigkeit, Fairness, Respekt, Teamgeist und Stolz. Die von Great Place to Work® durchgeführte Umfrage sammelte darüber hinaus Feedback-Daten, die es Greentube ermöglichen, sich auch im HR-Bereich weiterzuentwickeln und das Unternehmen zu einem noch attraktiveren Arbeitgeber zu machen.

Die Zufriedenheit und Gesundheit der Mitarbeitenden hat für Greentube seit jeher Priorität und gilt als Schlüssel zum nachhaltigen Unternehmenserfolg. Greentube verankert in der Unternehmensphilosophie eine Reihe von Standards, die eine förderliche Unternehmenskultur gewährleisten, darunter Diversität, Entwicklung, Work-Life-Balance und Teamgeist. Das Great Place to Work®-Projekt von Greentube wurde intern von den Abteilungen Corporate Responsibility und Human Resources betreut.

Sandra Zeinlinger, Leiterin der Greentube Group Employee Services, sagt: „Das ganzheitliche Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Unterstützung, die wir ihnen bieten, haben für uns einen überaus hohen Stellenwert. Entsprechend sind wir sehr stolz darauf, die Great Place to Work®-Zertifizierung erhalten zu haben. Sie zeichnet Greentube als spannenden Arbeitgeber aus und zeigt, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Umfeld bieten, ihr Potenzial voll zu entfalten. Darüber hinaus ist es jeder und jede Einzelne in der Greentube-Familie, der/die täglich mit Teamgeist, Offenheit und Engagement zu unserer Unternehmenskultur beiträgt und das ist es, was Greentube zu einem großartigen Arbeitsplatz macht.“

Über Greentube Treten Sie ein in das "Home of Games" von Greentube und bieten Sie Spielenden auf der ganzen Welt sichere Casino-Unterhaltung. Als NOVOMATIC Interactive Division bietet Greentube ein breit gefächertes Portfolio an Video Slots, Live-Spielen, AWP Reloaded Slots, Server-Based Gaming, Social Casino Gaming, Video Bingo und mehr. Die Omni-Channel-Technologie von Greentube ist führend im Bereich Glücksspielinnovation und vereint Online-, Mobile- und land-based Gaming.

„www.gamesundbusiness.de“, 26.04.2021

Uwe Christiansen neuer Aufsichtsratschef



Zum 1. Mai 2021 wird Uwe Christiansen (Foto) neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates von Löwen Entertainment.

Christiansen folgt in dieser Funktion Mag. Harald Neumann, der seine Ämter als Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates von Löwen – einem Tochterunternehmen des Novomatic-Konzerns – zum 30. April 2021 auf eigenen Wunsch niederlegen wird, berichtet das Unternehmen in einer Pressemitteilung. Diese persönliche Entscheidung Neumanns sei mit großem Bedauern und Dank für die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit von den weiteren Aufsichtsratsmitgliedern und der Geschäftsführung entgegengenommen worden, heißt es weiter.

Uwe Christiansen ist Löwen Entertainment bereits seit über 20 Jahren eng verbunden. Zuletzt bekleidete er das Amt des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. "Die Berufung als Vorsitzender des Aufsichtsrates von Löwen Entertainment ist für mich eine große Freude und Ehre zugleich. Ich danke den Mitgliedern des Aufsichtsrates und dem Vorstand der Novomatic für ihr Vertrauen", sagt Christiansen.